

Eine eindrucksvolle Jubiläumsfeier

Baar Die Zuwebe darf mit Stolz auf ein halbes Jahrhundert erfolgreichen Wirkens zurückblicken. Angestellte und Klienten begegnen sich mit gegenseitigem Vertrauen.

Martin Mühlebach
redaktion@zugerzeitung.ch

Die Zuwebe, die dieses Jahr ihren 50. Geburtstag feiert, lud am Donnerstagabend zu einer eindrucksvollen Jubiläumsfeier im Gemeindesaal in Baar ein. Heinz Merz gestand den zahlreich erschienenen Gästen, unter ihnen viele ranghohe Zuger Politiker und die Zuwebe-Gründungsmitglieder Theo Sauner und Max Hofstetter: «Ich bin stolz, der Zuwebe – einer tollen und innovativen Institution – als Präsident vorzustehen, deren Ziel es ist, Arbeitsplätze für Menschen mit einer Beeinträchtigung zu schaffen.»

Heinz Merz liess die Entwicklung der Zuwebe Revue passieren, ehe er betonte: «Das partnerschaftliche Dreieck <Angehörige-Politik-Wirtschaft>, in dem wir mittendrin stehen, ist im Verlauf unseres 50-jährigen Bestehens in der Grundstruktur geblieben. Aber die Rollen und Positionen und damit auch die Verbindlichkeiten und Verantwortungen haben sich elementar verändert.»

«InBeZug» – ein verheissungsvolles Projekt

Nach dem Aufzeigen der Veränderungen betonte Merz: «Unserer Institution stellt sich immer wieder die Frage: Welche Tätigkeiten, welche Aufträge und welche Wirkungsfelder sind heute und in Zukunft geeignet und interessant für unsere Klienten?» Andererseits müsse auch abgewogen werden, was auch wirtschaftlich sinnvoll und machbar sei.



Manuela Weichelt, Peter Saxenhofer, Johanna Thommen, Moderatorin Monika Schärer, Beatrice Kronenberg und Heinz Merz (von links) diskutieren im Podiumsgespräch im Gemeindesaal. Bild: Werner Schelbert (Baar, 18. Mai 2017)

Konkret heisse das, die internen Bedürfnisse und die Bedürfnisse der Klienten zu erkennen und zu verstehen. Und weiter den Markt zu analysieren, das politisch Machbare auszuloten. Innovative Ideen zuzulassen und Chancen und Optionen wahrzunehmen. Und letztlich gelte es, die Finanzierung zu sichern, Partner einzubinden und ein verlässliches Netzwerk zu pflegen.

Frau Landammann Manuela Weichelt überbrachte die Grüsse

der Zuger Regierung, die stolz sei auf die Institution Zuwebe. «Wer sich für das seelische und das körperliche Wohl, für Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung einsetzt, hat allen Grund zu feiern. Gefei-ert werden sollen alle, die sich trotz Beeinträchtigungen und manchmal schwieriger Umstände nicht behindern lassen.» Nach diesen Worten brachte Manuela Weichelt die drei Silben «InBeZug» ins Spiel. Sie verriet:

«Diese drei Silben stehen für ein Projekt, das soeben gestartet wurde und neue Wege eröffnen soll für die individuelle und bedarfsgerechte Unterstützung für Zugerinnen und Zuger mit Behinderung und auch für die Institutionen.» Das Projekt stelle konsequent die Menschen in den Mittelpunkt. Es gehe um einen Wandel, um ein Umdenken, um mehr Selbstbestimmung – um die Stärkung der Rechte der Menschen mit Behinderung, um

massgeschneiderte Lösungen und um mehr Flexibilität. Weichelt betonte: «Menschen mit einer Behinderung sind für mich vollwertige Mitglieder der Gesellschaft, von denen wir lernen und profitieren können – sie sollen gefordert, gefördert und ernst genommen werden.»

Dass die Zuwebe die Worte von Frau Landammann ernst nimmt und erfolgreich umsetzt, dokumentierte die anschliessende Premiere des Films «Das

Leben ist kein Ponyhof», der von der Dok-Filmerin Ursula Brunner realisiert wurde. Der Film begleitet eine Klientin und zwei Klienten der Zuwebe in ihrem unterschiedlichen Alltag, und er geht der Frage nach: «Welche Wünsche und Träume haben sie? Was ist möglich, und wo setzt ein Beeinträchtigung auch heute noch Grenzen?» Deutlich erkennbar ist, dass sich sowohl die im Film gezeigte Klientin als auch die beiden Klienten in der Zuwebe wohl und gut aufgehoben fühlen.

Ein schönes Kompliment zum Schluss

In der abschliessenden von der SRF-Kulturmoderatorin Monika Schärer geleiteten Podiumsdiskussion sagte die Heilpädagogin Beatrice Kronenberg: «Der Film ist wie ein Geschichtsbuch, das gegenüber Behinderten eine stark veränderte Haltung aufzeigt. Früher hiess es <für Behinderte>, heute heisst es <mit Behinderten>.» Dieser Fortschritt sei dem IV-Gesetz und seinen Revisionen zu verdanken.

Johanna Thommen, die Mutter der im zuvor präsentierten Film auftretenden Klientin, betonte zum Schluss der Jubiläumsfeier: «Ich bin beeindruckt vom ausgezeichneten Klima des gegenseitigen Vertrauens, das in der Zuwebe herrscht. Meine Tochter blüht in dieser Institution richtiggehend auf.» Ein schönes Kompliment, das sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Klienten der Zuwebe redlich verdient haben.

Freiamt

Jagdreviergrenzen sind angepasst

Region Der Regierungsrat hat die Jagdreviere und die Jagdpachteinnahmen für den Zeitraum 2019 bis 2026 festgelegt. Die Grenzen wurden überprüft und punktuell angepasst, wie die Regierung mitteilt. Neu gibt es im Kanton 178 Jagdreviere (bisher 212). Die Pachtzinsen bleiben dagegen unverändert. Ziel der Überprüfung durch das Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) war es, die Jagdreviere beziehungsweise die Jäger auf die erwartete Entwicklung in den nächsten Jahren vorzubereiten. Grundsätzlich habe das BVU «sehr zurückhaltende Änderungen» vorgeschlagen, heisst es. Die Anhörung zu den Vorschlägen hat von Februar bis April 2016 stattgefunden. Mit den Gemeinden und Jagdgesellschaften, die mit dem Vorschlag nicht einverstanden waren, wurden Gespräche geführt. In der Mehrheit der Fälle konnte eine Einigung erzielt werden. Bei strittigen Grenzabschnitten wurde auf eine Anpassung verzichtet und der bisherige Verlauf der Jagdgrenze übernommen. Jagdreviere, die kleiner als 200 Hektaren waren, wurden konsequent mit einem Nachbarrevier vereint. Die neue durchschnittliche Jagdreviergrösse beträgt 792 Hektaren (bisher 662). Für die Festlegung des Pachtzins wurde das gleiche Bewertungssystem angewendet wie bisher. (red)

Stärkung und Vernetzung der Beratungsstellen

Elternberatung Seit Anfang Jahr besteht der Verband Mütter- und Väterberatung Kanton Aargau. Er wird künftig die Interessen der elf Trägerschaften gegenüber Kanton und Öffentlichkeit vertreten.

Die Arbeit der Mütter- und Väterberatungsstellen ist sehr vielschichtig und wird oft unterschätzt. «Unsere Kernaufgabe ist die Beratung von Eltern mit Kindern von null bis fünf Jahren», erzählt Doris Streit von der Trägerschaft des Bezirks Muri. «Dazu gehören unter anderem Entwicklungs-, Erziehungs- und Ernährungsberatung. Auch Hausbesuche bieten wir an.» Laut Streit haben in den letzten Jahren die Beratungen von Eltern drei- bis vierjähriger und älterer Kinder um rund ein Drittel zugenommen. Veränderte Familiensysteme, Patchwork- oder Regenbogenfamilien mit gleichgeschlechtlichen Eltern sowie Familien mit Migrationshintergrund fordern die Beraterinnen täglich aufs Neue. «Die Kinder leiden unter den Folgen von Scheidungen, ungleichen Erziehungszielen der Eltern, hoher Erwartungshaltung und oft auch unter Armut», berichtet die erfahrene Fachfrau. Gemeinsam mit ihren drei Kolleginnen betreut sie im Rahmen von total 190 Stellenprozenten 19 Gemeinden an 16 Beratungsstellen. An Werktagen finden zusätzlich telefonische Beratungen statt. «Unsere Dienste sind für die Eltern kos-

tenlos. Wir haben Leistungsverträge mit den Gemeinden.» Um die Arbeit der einzelnen Trägerschaften zu unterstützen, wurde Anfang 2017 ein kantonaler Verband gegründet. «Die Unterstützung und Entlastung durch den Verband kommt uns Berufsfrauen auf jeden Fall zugute», betont Streit. «Mit dem Verband im Rücken haben wir nach aussen eine stärkere Position. Wir hoffen, dass wir mitreden können, vor allem bei wegweisenden Entscheidungen.»

«Bisher fehlte ein zentraler Ansprechpartner für den Kanton, der auch Entscheidungsbefugnisse hat», erklärt Verbandspräsident Thomas Heimgartner. «Die Erkenntnis, wie wichtig die frühkindliche Förderung ist, löst viele Diskussionen aus. Hinzu kommt die immer intensivere Zusammenarbeit mit der Kesb. Es ist wichtig, dass der Kanton unsere Trägerschaften als Einheit wahrnimmt und uns einbezieht.»

Trägerschaften bleiben autonom

Die einzelnen Beratungsstellen bleiben jedoch selbstständig. «Ich habe immer wieder von Befürchtungen gehört, dass der kantonale Verband die Träger-



Die Fachleute der Mütter- und Väterberatungsstellen stehen Eltern bei der schwierigen Aufgabe der Kindererziehung zur Seite. Bild: PD

schaften der Bezirke ablösen will. Genau das wollen wir aber auf keinen Fall. Das würde nicht funktionieren», ist Heimgartner überzeugt. Die einzelnen Bezirke bezahlen Mitgliederbeiträge, aus denen die Arbeit des Kantonalverbandes finanziert wird. Jede Trägerschaft erhält zwei Stimmrechte, sodass auch jene der kleineren Bezirke gleichberechtigt mitbestimmen können. Es bleibt der Trägerschaft überlassen, wem das Stimmrecht übertragen wird. Auch die Beraterinnen ha-

ben so die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen.

«Die Koordination, Vernetzung und der Informationsfluss sind nun lückenlos und direkt gewährleistet», so Heimgartner. «Auch ergeben sich Synergieeffekte etwa in den Bereichen Weiterbildung und Administration. Denkbar wäre zudem die Führung einer einzigen Homepage für den gesamten Kanton.» Der Kantonalverband wird versuchen, Projekte zur frühkindlichen Förderung in Zukunft kantonal zu

verankern. Mit Hilfe der einzelnen Trägerschaften sowie unterstützt von Spenden soll den Eltern der Zugang dazu erleichtert werden. Ziel des Verbandes ist es, dass die Mütter- und Väterberatungsstellen beim Kanton künftig als wichtigste Anlaufstellen für Fragen und Probleme frühkindlicher Entwicklung wahrgenommen werden. «Wir möchten den Kantonalverband in den verschiedensten Gremien einbringen. Bis anhin wurde die Mütter- und Väterberatung eben auch infolge eines fehlenden zentralen Ansprechpartners oft vergessen.»

Chance für zusätzliche finanzielle Mittel

Dies soll auch in finanzieller Hinsicht zu Buche schlagen, wie Heimgartner hofft. «Die Chance auf mehr finanzielle Mittel ist natürlich grösser, wenn für den ganzen Kanton eine Lösung getroffen werden kann. Aktuell haben wir das Beispiel der Entschädigung unserer Arbeit in den kantonalen Asylunterkünften. Da konnten wir in Zusammenarbeit mit dem Kanton eine einheitliche Lösung finden.»

Cornelia Bischoff
cornelia.bischoff@zugerzeitung.ch